



Essay

WIE EUROPÄISCH IST OSTMITTELEUROPA?

Von Wolfgang Schmale

Ostmitteleuropa und die Frage historischer Grenzen in Europa

Im Deutschen ist die Bezeichnung „Zentraleuropa“ noch etwas ungewöhnlich, und sie lehnt sich eher an das englische „Central Europe“ und das französische „Europe centrale“ an, als dass sie eine ausgeprägte begriffsgeschichtliche Tradition in der deutschen Wissenschaft oder Politik hätte. „Mitteleuropa“ – als wörtliche Übersetzung von Central Europe, Europe centrale oder Europa centrale – ist ein sehr ambivalenter Begriff und seine Bedeutung fluktuiert. Aus deutscher Sicht war damit seit dem 19. Jahrhundert ein geografisch mittiges Europa mit Deutschland als politischem und wirtschaftlichem Zentrum gemeint, vor allem wurde seit dem Ersten Weltkrieg immer konkreter an ein von Deutschland beherrschtes Mitteleuropa gedacht. Faschisten und Nationalsozialisten deuteten den Begriff „Mitteleuropa“ ausschließlich in diesem Sinne. Aus österreichischer Sicht bedeutet „Mitteleuropa“ freilich ein anderes Europa. Metternich sah die Nachfolgestaaten des 1803/06 vergangenen Heiligen Römischen Reiches, das heißt in erster Linie das Kaiserreich Österreich und den Deutschen Bund, dem die österreichischen Erblande, nicht aber die böhmisch-mährischen, ungarischen, galizischen, italienischen und südosteuropäischen Herrschaftsgebiete Österreichs angehörten, als Mitteleuropa an. Aus österreichischer Sicht handelte es sich immer mehr um den Donaauraum als um das nördlich und westlich davon gelegene „preußische Deutschland“. „Ostmitteleuropa“ wiederum wird im Deutschen vorwiegend erst seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges als historisch-wissenschaftlicher Begriff eingesetzt. Wiederum steht die geografische Bedeutung nur annähernd fest. Es existieren nebeneinander ein sehr weitgefaster Ostmitteleuropabegriff, der von den baltischen Staaten bis zum Schwarzen Meer und Kroatien reicht, und ein engerer, der, geht man von den Staaten aus, Polen, die Tschechische Republik, die Slowakische Republik, Ungarn, Slowenien und Kroatien meint. Häufig werden die baltischen Staaten als eine Art Norden Ostmitteleuropas dazugerechnet.

Ich selber beziehe mich im Kern auf diesen engeren Ostmitteleuropabegriff. Allein schon aus historischen Gründen gibt es zwischen diesen Ländern, Österreich sowie Deutschland enge Verflechtungen – auch der Holocaust zählt hierzu –, die immer wieder die Frage nach einer breiten zentraleuropäischen Geschichtsregion im Vergleich zu Westeuropa, Süd- und Südosteuropa, Osteuropa im Sinne von Russland, Weißrussland und östlicher Ukraine, sowie zu Nordeuropa (Skandinavien) aufkommen lassen.

Zunächst ist aber festzustellen, dass die nach 1945 gezogene politische Grenze bis in die jüngste Zeit die politische Rhetorik – und manchmal auch noch die wissenschaftliche – leitet: Als 1989 die Grenzen geöffnet und die sozialistischen Regime sehr schnell zumindest äußerlich beseitigt wurden, war von einer „Rückkehr nach Europa“ die Rede. Die gleichen oder sehr ähnliche Formulierungen wurden anlässlich der EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 gefunden, so als hätte sich die politische und physische Grenze, der Eiserne Vorhang, zu einer Zivilisationsgrenze entwickelt.

Die Liste der Argumente, die das Fortbestehen einer Art Zivilisationsgrenze auch nach 1989 belegen, ist sicherlich lang. Die gängigen Bezeichnungen der Länder als „postsozialistisch“, als „Reformstaaten“, als „Transformationsstaaten“ oder neuerdings „Posttransformationsstaaten“ resümieren alle entsprechenden Argumente und ziehen eine deutliche Grenze zwischen West- und Ost- bzw. Ostmitteleuropa. Maßstab sind vor allem die Mitglieder der EU vor dem Mai 2004. Am deutlichsten sind wirtschaftliche Argumente, wenn auf das Nationalprodukt, das Pro-Kopf-Einkommen, die Produktivität, Arbeitslosenraten usw. geschaut wird. Schon weniger deutlich – und weniger überzeugend, muss hinzugefügt werden – sind Argumente, die sich auf die politische Kultur beziehen: Es wird auf die teilweise zentrale Rolle von Ex-Kommunisten oder Ex-Sozialisten verwiesen, auf rechtsradikale und offen antisemitische Tendenzen, auf die zumeist hohe Bedeutung eines manchmal aus westlicher Sicht anachronistisch wirkenden Nationalbewusstseins, auf die Instabilität von Regierungsmehrheiten etc. Hier sind bei genauer Betrachtung die Unterschiede zum „Westen“ freilich schon deutlich geringer als in Bezug auf die ökonomischen Parameter. Soziologische und ethnologische Vergleiche heben die Fortdauer von Verhaltensmustern in der Gesellschaft hervor, die sich in der sozialistischen Zeit herausgebildet haben und die auf die Besonderheiten des sozialistischen Systems geantwortet hatten. Bemerkenswert wird das Fortleben „sozialistischer“ Designs, von Kleidungsgewohnheiten etc., also all der äußeren „Zeichen“, die sich als „sozialistischer Habitus“ zusammenfassen lassen.

Das Argument, dass aus der politischen und ideologischen Grenze „zwischen Ost und West“ im Kalten Krieg eine zivilisatorische Grenze geworden sei, wird nicht selten rückwärts in die Geschichte verlängert. Zweifellos existierten bemerkenswerte Grenzen zivilisatorischen Charakters in Europa: Zu nennen ist die religiös-zivilisatorische zwischen den großen Kirchen (orthodoxe und römisch-katholische Kirche), zu nennen ist die „Hajnal-Linie“, die sich von St. Petersburg bis Triest erstreckt und Europa nach den beiden Hauptheiratsmustern teilt, zu nennen ist die Linie der Gutsherrschaft, die sich von Rostock bis ebenfalls Triest erstreckt: westlich dieser Linie finden sich komplexe Grundherrschaftsformen, die ihre Komplexität der dichten Städtelandschaft westlich der Linie verdanken, östlich davon verschiedene Formen der Gutsherrschaft, die sich bis nach Russland erstrecken und die in einem riesigen, im Vergleich zum Westen stadtarmer Gebiet Herrschaft ganz allgemein grundlegen. Bei genauem Hinsehen verlief natürlich keine dieser Grenzen zivilisatorischen und kulturellen Charakters so strikt durch den Raum wie in den Modellen angenommen und vor allem kann man diese Grenzen nicht einfach übereinander legen. Sie entstanden auch nicht gleichzeitig und wirkten nicht alle zur gleichen Zeit.

Die nach wie vor stichhaltigste Analyse hat der 1988 verstorbene ungarische Historiker Jenő Szűcs in seinem mittlerweile berühmten Buch „Die drei historischen Regionen Europas“ geliefert. Mit den drei Regionen meinte Szűcs Westeuropa, Ostmitteleuropa und Osteuropa, räumte aber zugleich ein, dass Skandinavien einerseits und der Mittelmeerraum andererseits weitere Regionen ausbildeten. Um 1500, nach dem Untergang von Byzanz, sieht Szűcs Gestalt annehmen, was er die drei Regionen nennt: Der Westen wird durch die Expansion nach Amerika kulturell enger zusammengeschlossen; er „absorbiert“, wie er schreibt, auch Skandinavien und das mittelmeerische Europa; der Osten Europas wird von Russland, das nach Sibirien expandiert, kulturell aufgesogen, zwischen beiden entsteht, was Szűcs Ostmitteleuropa nennt, von Polen bis nach Ungarn, während, geografisch gesehen, Südosteuropa ganz unter den osmanischen Einfluss gerät. Die Unterscheidungen sind nicht absolut gemeint, aber die Untersuchung einer

Vielzahl kultureller Merkmale vom Lehnswesen über die Stadtkultur bis zur politischen Verfassung gibt Szűcs die Gelegenheit, drei regionale Ausprägungen Europas festzustellen.

Unterscheidungen, wie sie Szűcs trifft, lassen sich empirisch untermauern, aber sie sind nicht strikt. Sie decken sich nicht ganz mit der Geschichte geografisch-kultureller Namen. Der Name Okzident/Abendland/Westen taucht vor dem Jahr 1000 auf und reflektiert die Teilung des ehemaligen römischen Reiches. Er dient der Abgrenzung gegenüber Byzanz. Der Begriff „Westen“ wurde im späten 19. Jahrhundert gewissermaßen noch einmal erfunden – vor der Kulisse des Imperialismus und einer tieferen Auseinandersetzung mit den orientalischen Kulturen. Osteuropa war damit nicht mehr automatisch gemeint, während der mittelalterliche Name „Europa occidentalis“ den östlichen Raum vom Baltikum bis zur Adria selbstverständlich mit einschloss; „Europa septentrionalis“, also Skandinavien, gehörte ebenfalls dazu. „Ostmitteleuropa“, das eine der drei Regionen bezeichnen soll, folgt nach Szűcs einer sehr rezenten Übereinkunft.

Auch wenn man Szűcs' These, dass sich seit dem 15./16. Jahrhundert eine ostmitteleuropäische Region auszubilden beginnt, akzeptiert, ist es von dort noch weit bis zur Ost-West-Grenze des Kalten Krieges. Es führt kein direkter historischer Weg zu dieser Grenze. Eine solche Argumentation würde die Bedeutung der Ausbildung nationaler und nationalstaatlicher Kulturen verkennen, die in Ostmittel- und Südosteuropa in etwa zeitgleich mit dem übrigen Europa verlief. Die Nationalisierung der Kulturen wurde durch die beiden Weltkriege verstärkt und wurde auch nicht durch die Zugehörigkeit zu einem der beiden „Blöcke“ aufgehalten. Und tatsächlich ist das Gespür für die Unterschiedlichkeit der dem „Ostblock“ angehörenden Nationalstaaten in der Zeit des Kalten Krieges auch bei der breiten Bevölkerung nicht verloren gegangen. Für jeden der sozialistischen Nationalstaaten lässt sich ein Korb voller charakterisierender Zuweisungen zusammentragen, in denen sich das Gespür für das Andauern nationaler Unterschiedlichkeiten trotz verordnetem sozialistischem Internationalismus ausdrückte: z.B. „Gulaschkommunismus“, ein westlicher Spitzname, für den ungarischen Sozialismus, die Identifizierung von Polen mit Katholizismus, die Anerkennung Rumäniens als eines Landes mit hohem Nationsbewusstsein, das sich nicht von der Sowjetunion gängeln ließ; die Tschechoslowakei war der Inbegriff kultureller Eigenständigkeit, soweit der Sozialismus dies zuließ, und der ostmitteleuropäischen Bürgerrechtsbewegung, etc.

Die „Blicke nach Osten“ und die „Blicke von Osten“ haben sich freilich in den letzten 15 Jahren stark verändert. Nicht wenige der positiven gegenseitigen Vor-Urteile aus der Zeit des Kalten Krieges sind verloren und wurden durch negative ersetzt. Recht offensichtlich haben die vergangenen 15 Jahre getrennte Wahrnehmungen erzeugt, die auf neue, andere mentale Grenzen verweisen.

Die Europäizität Ostmitteleuropas

Nachdem nun viel von Trennendem und historischen zivilisatorischen Grenzen die Rede war, soll der umgekehrte Fall, das Europäische an Zentraleuropa, die Europäizität Zentraleuropas betrachtet werden. Seit dem Spätmittelalter hatte Ostmitteleuropa an allen umfassenden historischen Kommunikations- und Kulturtransferprozessen teil, die zu kulturellen Verdichtungen wie Renaissance, Reformation, Barock und Aufklärung führten und die durchaus unterschiedlichen Kommunikationsrichtungen folgten. Nehmen wir als ein erstes Beispiel die Universitätsgründungen. Die erste Welle erfasste Italien und Frankreich, die zweite Ostmitteleuropa mit Prag 1348 als Zentrum, das in alle Himmelsrichtungen ausstrahlte, die dritte Welle hielt sich wieder stärker westlich

im Heiligen Römischen Reich. Auch die Renaissance und die Reformationen, die hier in ihren Eigenschaften als groß angelegte Kommunikations- und Kulturtransferprozesse angesprochen werden, durchbrechen z.T. diese ehemalige Kommunikationsrichtung. Das Zeitalter der Reformationen beginnt in Böhmen im frühen 15. Jahrhundert; die Renaissance stellt sicherlich einen von Italien ausgehenden Kulturtransferprozess dar, aber die frühesten Transfers außerhalb Italiens ereigneten sich u.a. am Hofe des ungarischen Königs Matthias Corvinus im späten 15. Jahrhundert. Für Krakau sind diese Transferprozesse genauso frühzeitig wie für viele Städte weiter westlich zu konstatieren. Ähnliches gilt für die Teilhabe an den nächstfolgenden umfassenden Kommunikations- und Kulturtransferprozessen wie die katholische Gegenreform und den Barock. Sicher sind es vorzüglich die Städte sowie Fürsten- und manche Adelshöfe Ostmitteleuropas, die diese Gleichzeitigkeit der Prozesse gewährleisteten, aber das ist im Westen ja nicht anders. Diese drei sind wesentliche Komponenten der frühneuzeitlichen Kommunikationsinfrastruktur. „Stadt“ und „Hof“ stellen dabei plurale Kategorien dar, die in verschiedene soziale Vermittlergruppen wie Kaufleute, Juden, Deutsche, Künstler, Musiker, Handwerker, Adlige, Gelehrte usw. aufzulösen sind.

Sehr gut kann man sich die Frage der Kommunikationsrichtungen an Hand der Waren- und Kaufmannsrouten verdeutlichen. Das internationale Jahrmarktnetz in Polen, das Danzig, Thorn, Gnesen, Posen, Breslau, Krakau und Lublin, weiter Böhmen, Österreich, Ungarn, Litauen und Weißrussland sowie „Westeuropa“ im 16./17. Jahrhundert mit einander verknüpfte, zeigt repräsentativ die Multidirektionalität der Kommunikation in Europa. Die darin sichtbar werdende Kommunikationsinfrastruktur wurde auch für den Transfer ideeller, also nicht nur materieller, Kulturgüter genutzt.

Die Aufklärung einschließlich der Französischen Revolution als nächstfolgendem umfassenden Kommunikations- und Transferprozess war ambivalent – einerseits kosmopolitisch, andererseits nationalistisch. Die Aufklärung schuf einen Zirkulationsraum für Ideen, der von Lissabon bis Moskau oder St. Petersburg und bis in die europäischen Gebiete des Osmanischen Reiches hineinreichte. Die Französische Revolution und ihre Auswirkungen schufen einen europäischen Raum gemeinsamer historischer Erfahrungen und Zusammenhänge. Andererseits trugen die nationalistischen Elemente von Aufklärung und Revolution zur nationalen Konfiguration Europas bei, was eine verstärkte kulturelle Parzellierung Europas bedeutete. Nicht zu verkennen ist, dass Aufklärung und Revolution eine West-Ost-Kommunikationsrichtung forcierten – Voraussetzung für die Ausbildung differenter Zeitschichten. Westliche Reisende warfen einen ethnologisch-hierarchisierenden Blick auf den „Osten“ und konstruierten die Vorstellung vom überlegenen Westen. Besonders ausgeprägt war dieser Blick in Bezug auf den Südosten – das mystifizierte Griechenland war im Allgemeinen trotz der ein oder anderen Kontroverse ausgenommen –, aber auch Polen war betroffen. In dieser Beziehung lässt sich feststellen, dass diese West-Ost-Kommunikationsrichtung der Aufklärung bis heute wirkt. Noch immer wird bis zu einem gewissen Grad auf Teile Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas „herabgesehen“. Begründet wird dies häufig damit, dass die ehemals sozialistischen, die heutigen „(Post-)Transformations-Länder“ einen nicht unerheblichen Modernisierungsrückstand aufzuholen hätten; das „Herabsehen“ bezieht sich aber faktisch keineswegs nur auf einen wirtschaftlichen, (agrar-)technischen und sonstigen materiellen Rückstand, sondern auch auf die Menschen. Tschechen, Polen, Ungarn, Kroaten etc. wird im Westen immer noch mit erheblichen Vorurteilen begegnet.

In der Aufklärungsepoche entstand somit eine neue kulturelle Trennlinie insoweit, als der europäische Raum, für den ebenfalls in dieser Epoche der Ural als geografische

Ostgrenze Europas gewissermaßen kanonisiert wurde, in zivilisatorische Teilräume zerlegt wurde. Dieser Prozess wurde durch die Entstehung des Panslawismus begünstigt. Der Panslawismus sollte die Frage der Gleichwertigkeit und Gleichwürdigkeit des Ostens unter Anerkennung der Andersartigkeit gegenüber dem Westen lösen, und wenn man sich die Präsenz der russischen kulturellen Referenzen, mit denen der Panslawismus besonders eng verbunden war, im Westen anschaut, so hat in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für einige Zeit wieder eine kommunikative Multidirektionalität geherrscht. Gefördert wurde dies durch den Umstand, dass Russland seit dem späten 18. Jahrhundert und umso mehr seit dem Wiener Kongress bis zum Ersten Weltkrieg ein tragender Pfeiler des europäischen Mächtesystems war. Im Großen und Ganzen kann bezüglich des späten 19. Jahrhunderts von einem europäischen kulturellen System gesprochen werden, das Kultur im engeren Wortsinn, Politik und Wirtschaft umfasste, das – in Grenzen – von einem entkonfessionalisierten Christentumsverständnis profitierte, sich in einer Art Proto-Zivilgesellschaft äußerte (Philhellenenvereine, republikanische Netzwerke, Junges Europa etc.) und das seinen hervorragendsten Ausdruck in der Moderne um 1900 in den europäischen Metropolen fand. Über die geschichtlichen gemeinsamen und nicht gemeinsamen Zeitschichten lagerte sich eine neue, räumlich weitausgreifende Zeitschicht, die der Moderne um 1900.

Der Erste Weltkrieg fundierte politisch, kulturell und wirtschaftlich neue, auseinander driftende Zeitschichten. Zwar besteht kein Zweifel, dass insbesondere in den 1920er-Jahren in den nunmehr knapp 30 Nationalstaaten zahlreiche Initiativen in Richtung eines neuen politischen und wirtschaftlichen europäischen Systems unternommen wurden, aber sie blieben letztlich im Sande stecken. Die wenigsten stellten jedoch das Fortbestehen einer europäischen Kultur (engerer Begriff) in Frage, sondern setzten sie weiterhin als gegeben voraus, lebten also subjektiv in derselben Zeitschicht, selbst wenn ebenfalls schon in den 1920ern Szenarien der kulturellen Bedrohung durch den „Bolschewismus“ Konjunktur hatten (nicht nur bei Faschisten und Nationalsozialisten). Der Bolschewismus und damit die Sowjetunion waren angeblich uneuropäisch. Die Europäizität des seit der Aufklärung als europäisch anerkannten Russlands westlich des Urals wurde nach 1917 in Frage gestellt. Für die ostmitteleuropäischen Staaten lässt sich das freilich nicht in dieser Form sagen. Die europäische Zeitschicht der Moderne wirkte in diesen Staaten fort. Nur die massive Gewalt des Nationalsozialismus und des Krieges verunmöglichten die Ausbildung einer weiteren sich quer über Europa wenigstens bis zur russischen Westgrenze lagernden Zeitschicht nach dem Ersten Weltkrieg.

Der Gedanke der europäischen Einheit war trotz oder wegen des Ersten Weltkrieges in der Zwischenkriegszeit sehr stark, es fehlte weder an ideellen Beiträgen, noch an praktischen politischen Initiativen noch an Europabewegungen. Die ostmitteleuropäischen Länder nahmen daran regen Anteil. Auch der Zweite Weltkrieg war eine hohe Zeit der Europa-pläne; Widerstandsgruppen aus allen europäischen Ländern beteiligten sich intensiv an europapolitischen Konzepten. Die realpolitischen Entwicklungen waren allerdings stärker und förderten das Trennende, doch bleibt die Frage, wie tief das Trennende, insbesondere nach 1945, reichte?

Parallel zum Fall der Mauer, der deutschen Wiedervereinigung und der physischen Beseitigung der Grenz- und Überwachungsanlagen des „Eisernen Vorhangs“ wurde seit 1989 immer wieder gesagt, dass es auch um die Beseitigung der Grenzen in den Köpfen der Menschen gehen müsse. Die nach 1945 errichtete physische Grenze zwischen West und Ost hatte natürlich tiefgreifende Auswirkungen auf unser Vorstellungsvermögen. Alles, was zum Ostblock gehörte, rückte auch in der mentalen Geografie nach Osten.

Dass Prag westlicher als Wien liegt, oder dass Sloweniens Ostgrenze auch nicht weiter im Osten liegt als Österreichs burgenländisch-ungarische Grenze, musste man sich dutzende Male ausdrücklich klar machen, bis die mentale Geografie wieder mit der „tatsächlichen“ übereinstimmte. Anders ausgedrückt: Aus politischen und ideologischen Gründen reichte „der Osten“ für 40 oder 45 Jahre geografisch sehr weit nach „Westen“ hinein. Trotz dieses Faktums stellt sich die Frage, ob die gängige politische Geschichtskonstruktion, die von einer Rückkehr Ostmitteleuropas nach Europa spricht, gerechtfertigt ist.

Die Schließung und Abdichtung der Grenzen zwischen West- und Ostmitteleuropa einschließlich des ehemaligen Jugoslawiens war nie ein „augenblickliches“ und nie ein einheitliches Phänomen gewesen. Es gab anfangs physische Durchlässigkeiten, insbesondere zwischen West- und Ostdeutschland, bis die Mauer gebaut und der Grenzzaun gezogen wurde. Es gab kommunikative Durchlässigkeiten, die sich seit der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre verstärkten und im Zuge des KSZE-Prozesses in den 1970er-Jahren intensiviert wurden. Es gab von Anfang an aufgrund familiärer Bindungen gewisse Durchlässigkeiten in beide Richtungen, die zwar stark gehemmt wurden, aber dennoch da waren und von den Menschen mit Leben erfüllt wurden. Die abschottende Wirkung der Grenze zwischen West und Ost soll nicht minimiert werden; eine solche Grenze hatte in der europäischen Geschichte kaum ein Vorbild. Aber vor der langen Dauer der europäischen Geschichte nimmt sie sich als vorübergehendes Phänomen aus, das sich nicht gegen die Macht von Generationen als historischen Erfahrungsgemeinschaften durchsetzen konnte. Selbst diejenigen, die nach 1940 geboren wurden und zum Zeitpunkt der Grenzöffnungen rund 45 oder 50 Jahre alt waren, das heißt ihre Sozialisation ganz oder beinahe ganz im Zeichen der relativ dichten Grenze erfahren hatten, waren in der Masse noch jung genug, um sich auf das Neue einzustellen. Nicht alle, aber signifikant viele. Die älteren hatten noch ein anderes Europa gekannt und waren um 1989/90 noch begeisterungsfähig genug, um an ihre inzwischen manchmal nostalgisch gewordenen Erinnerungen an ein angeblich grenzenloses Vorkriegseuropa anzuknüpfen. Inzwischen waren auch Generationen nachgewachsen, die 1968 – nehmen wir den „Prager Frühling“ als Emblem der Öffnungen – aktiv miterlebt hatten, in den Bürgerrechtsbewegungen der Ostblockstaaten tätig gewesen waren und 1989/90 als die historische Chance ergriffen, das längst gründlich Durchdachte, die Demokratie, umzusetzen. Das Ineinandergreifen dieser Generationen mit je spezifischen gemeinsamen historischen Erfahrungen verhinderte, dass der von Churchill so genannte „Eiserne Vorhang“ komplett die Wirkung entfaltete, die er theoretisch hätte haben sollen und bei längerem Bestehen vielleicht erzielt hätte.

Natürlich darf man die Folgen der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme nicht übersehen, und die Gestaltung der Gesellschaften nach sozialistischen bzw. marktwirtschaftlichen Prinzipien zeitigt bis heute deutlich spürbare Unterschiede zwischen den Gesellschaften. Doch wie weit oder wie tief reichten die systembedingten Unterschiede? Wie stark berührten oder veränderten sie die Wertesysteme? Wie nachhaltig wurden Wertesysteme eventuell verändert? Im westlichen Europa waren die internationalen Organisationen, die sukzessive aus dem Marshall-Plan, aus dem Brüsseler Pakt und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) hervorgingen, ausdrücklich wertorientiert. Für die EFTA (European Free Trade Association) galt das weniger deutlich. Der Europarat gehörte zu den ersten europäischen wertorientierten Organisationen und reichte über Westeuropa hinaus. Die Umgestaltung der EWG in die EG und schließlich die EU war inhaltlich betont wertorientiert. Den Kern der Wertorientierung machten

Demokratie und Menschenrechte aus. Sehr verkürzt ausgedrückt vollzog sich in Westeuropa im Rahmen der erwähnten und weiterer europäischer bzw. internationaler Institutionen und Organisationen strukturell gesehen eine normative, institutionelle und systemische, inhaltlich gesehen eine wirtschaftliche, politische und kulturelle Integration, die von einer Politik der Integration von transnationalen gemeinsamen Grundwerten unterstützt wurde.

Wie entwickelten sich die Dinge auf der östlichen Seite des Eisernen Vorhangs? Formal gesehen gab es ähnlich erscheinende Ansätze wie den Warschauer Pakt und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der auf seiner 25. Tagung im Juli 1971 in Bukarest das „Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW“ beschloss. Dennoch kam es im „Ostblock“ nie zu einer der westeuropäischen vergleichbaren Integrationspolitik, und zwar weder unter strukturellen noch unter inhaltlichen Gesichtspunkten. Auch die Initiativen der Sowjetunion seit Mitte der 1950er-Jahre hinsichtlich einer kollektiven europäischen Sicherheitsarchitektur erlangten nie eine ausreichende inhaltliche und strukturelle Kohärenz, um im Sinne der Formulierung eines wertorientierten Leitzieles eine integrative Wirkung innerhalb des Warschauer Pakts, geschweige denn darüber hinaus, entfalten zu können.

Ohne an dieser Stelle in Details einzutauchen kann festgehalten werden, dass die gängige Bezeichnung „Ostblock“ – die Betonung liegt auf Block – eine systemische Einheitlichkeit in Ostmittel- und Osteuropa suggeriert, die sich so nur schwer belegen lässt. Gemeineuropäische Wertefundamente waren keineswegs lückenlos hinweggeräumt. Das sozialistische Wertesystem unterschied sich im Grunde zu wenig vom westlichen, weil es z.T. dieselben historischen Wurzeln besaß oder dieselben Ziele wie wirtschaftlichen Wohlstand verfolgte. Die faktischen Unterdrückungssysteme wurden nur von bestimmten Sozialgruppen, die gesellschaftlich eine Minderheit darstellten, aktiv und positiv begründet und am Leben erhalten. Die Masse der Bevölkerung versuchte, daran vorbeizuschauen und vermied alles, was sie in das Unterdrückungsgeflecht hätte verwickeln können. Viele Menschen waren direkt selbst oder als Angehörige vom Unterdrückungssystem betroffen. Während die letztere Gruppe aktives Zeugnis für das Fortbestehen des in Westeuropa fortlaufend formulierten Wertesystems ablegte, das aber keine westeuropäische Erfindung war, sondern sich grundlegend der Aufklärung, der Epoche der Französischen Revolution und schließlich der UNO verdankte, bestätigte die große Gruppe der Vorbei- oder Wegschauenden zumindest passiv die andauernde Gültigkeit eines Wertesystems, das aufgrund seiner historischen Wurzeln als gemeineuropäisch zu bezeichnen ist. Gewiss ist festzuhalten, dass sich Wertesysteme nachhaltig ändern, wenn eine Bevölkerungsmehrheit zu lange an Unterdrückungsmechanismen, die das Wertesystem beschädigen oder leugnen, vorbeischaute, aber der Fall des „zu lange“ ist aus der Sicht der Entstehung historischer Epochen nicht eingetreten. Er ist individuell eingetreten: Tausende von Menschen wurden Opfer der Unterdrückungsapparate.

Trotz allem ist festzustellen, dass der Weg nach 1989 in den jetzt der EU beigetretenen Staaten in eine demokratische Verfassung relativ rasch bewältigt werden konnte. Dieser Weg geschah parallel zu dem schnell entwickelten Wunsch, in die EG bzw. EU einzutreten, dessen Realisierung von der EU materiell und ideell mitbetrieben wurde. Wären die Wertesysteme essentiell anders gewesen, wäre dies nicht möglich gewesen. Meine Hypothese lautet im Übrigen, dass der nach 1989 in Gang gesetzte EG- bzw. EU-Integrationsprozess bezüglich Ostmitteleuropa im Grunde genommen mit dem KSZE-Prozess schon einsetzte. Nicht nur aus der Rückschau ist ersichtlich, wie dicht

die Kommunikationsnetze geknüpft wurden, und zwar sowohl auf der politischen, staatlich-institutionellen wie zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Kommunikation auf der zivilgesellschaftlichen Ebene, vertreten etwa durch Charta 77 hier und diverse Nichtregierungsorganisationen auf der westlichen Seite, war in Ostmitteleuropa starken Repressionen ausgesetzt, aber das transnationale kommunikative Aushandeln von Wertorientierungen auf verschiedenen Ebenen, das die KSZE bedeutete und ermöglichte, war weder zu verhindern noch rückgängig zu machen.

Historisch gesehen überwiegt das Gemeinsame zwischen Ostmitteleuropa und Westeuropa. Politisch fällt es schwer, dieses Gemeinsame, das auch in der sozialistischen Zeit Bestand hatte, stärker in den Vordergrund zu rücken. Es ist leichter, von einer „Rückkehr nach Europa“ zu sprechen, statt sich als Teil einer auch zwischen 1945 und 1989 gemeinsamen europäischen Geschichte zu verstehen. Letzteres anerkennen, würde bedeuten, Verantwortung zu übernehmen; Letzteres zu übersehen bedeutet, sich allzu leicht den Status eines Opfers zu geben, das für die jüngere Geschichte keine Verantwortung trägt.

Abstract

Nach wie vor ist die Wahrnehmung vieler durch die Vorstellung geprägt, dass mit der Grenzziehung zwischen West- und Ost- bzw. Ostmitteleuropa – mit dem Eisernen Vorhang im Kalten Krieg – gleichzeitig eine Zivilisationsgrenze entstanden sei. Dagegen stellt der Autor heraus, dass Ostmitteleuropa seit dem Spätmittelalter an allen umfassenden Kommunikations- und Kulturtransferprozessen (Renaissance, Reformation und Aufklärung) partizipiert hat, weshalb die davon geprägte nationale wie kulturelle Identität der „Ostblock“-staaten während des Kalten Kriegs auch nur oberflächlich überformt wurde. Nach Überwindung der in erster Linie politischen Spaltung bieten die historisch-kulturellen Gemeinsamkeiten der Ostmitteleuropäer und Westeuropäer somit für die Staaten Ostmitteleuropas die Grundlage für ihre „Rückkehr nach Europa“ im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses.

Dieser Essay ist Teil des von Stefan Troebst herausgegebenen Themenschwerpunkts „Zur Europäizität des östlichen Europa“, die Beiträge dieses Themenschwerpunkts wurden parallel über die Kommunikationsplattform H-Soz-u-Kult im Frühsommer 2006 im Internet veröffentlicht.